

len verunsichert werden, könnten sie versucht sein, ihr Sparguthaben und Bargeld in US-Dollar zu tauschen. Diese M2-Geldmenge beläuft sich auf rd. 200 Mrd. Dollar, also so viel wie Hongkongs und Beijings Devisenreserven zusammen. Allerdings gebe es bisher noch keine Anzeichen für eine derartige Verunsicherung der Hongkonger Bevölkerung. (AWSJ, 21.8.97)

Die Kosten der erfolgreichen Stabilisierung der Währung präsentieren sich für Hongkong in der Form einer weiteren Verteuerung im Vergleich zu den asiatischen Nachbarländern, die abwerten mußten. Das hohe Preisniveau betrifft insbesondere die Kosten für Büroflächen. Im Juni dieses Jahres waren die Büromieten in Hongkong im Vergleich zu Singapur beispielsweise bereits um 45% teurer, nunmehr wird von einem Unterschied von 55% ausgegangen. Im Vergleich zu den Büromieten in Kuala Lumpur sind die Mieten in Hongkong um das 5,5fache höher. Eine ähnliche Situation besteht bei den Mieten für private Wohnungen, die für leitende Angestellte ausländischer Unternehmen in Hongkong gezahlt werden müssen. Auch auf den Tourismus wird sich die Verteuerung negativ auswirken. (AWSJ, 21.8.97)

In einer Untersuchung des Genfer Unternehmens *Corporate Resources Group* zur Rangfolge der teuersten Städte weltweit, die zweimal im Jahr durchgeführt wird, rangierte Hongkong im August d.J. auf Platz 2. Hierzu trugen in erster Linie die hohen Mieten sowie die starke Währung bei. Weitere Kostenfaktoren umfassen Nahrungsmittel, Bekleidung, Fahrzeuge, Alkohol und Unterhaltung. Als Vergleichsbasis mit 100 Punkten wird bei der Untersuchung New York herangezogen. An erster Stelle war Japan mit 169 Punkten plazierte, das aufgrund des schwachen Yen 15 Punkte weniger als im Vorjahr aufwies. (XNA, 6.8.97)

Folgewirkungen der Währungsspekulation haben sich auch an der Aktienbörse als kurzfristige Einbrüche des Hang Seng-Index bemerkbar gemacht. (SCMP, 21.8.97) -schü-

Macau

28 Rückzug von portugiesischen Beamten 1998

Jorge Baptista Bruxo, Direktor der Abteilung für Public Administration

and Function Service der Regierung Macau, sagte gegenüber der einheimischen Zeitung *Tai Chung Pou* (nach XNA, 24.8.97), daß rund 1.000 portugiesische Kolonialbeamte Macau im kommenden Jahr verlassen würden. Die portugiesische Enklave wird nach der Vereinbarung zwischen Lissabon und Beijing im Dezember 1999 an China zurückgegeben. Bislang werden die Ämter auf mittlerer und hoher Ebene meistens von Portugiesen bekleidet. Nach deren Rückkehr nach Portugal würden diese Stellen von Einheimischen besetzt. Bei einer Bevölkerung von rund 420.000 hat Macau z.Z. insgesamt über 18.000 Bedienstete.

Neben der Veränderung der Beamtenschaft beschäftigt sich die Sino-Portugiesische Gemeinsame Liaison-Gruppe z.Z. u.a. mit Fragen wie der Nationalität der Einwohner, der Amtssprache, der Mitgliedschaft Macaus in einigen internationalen Organisationen, der Finanzreserven und der Übergabe von Regierungsakten und öffentlichen Vermögen. Beide Seiten sind mit dem Ablauf der Verhandlungen zufrieden. (XNA, 26.8.97) Jedoch gilt die Frage der Nationalität als besonders schwierig; die Einwohner Macaus haben zum großen Teil einen portugiesischen Paß, Beijing seinerseits betrachtet jedoch alle Macauer chinesischer Herkunft als Bürger der VR China. (SWB, 28.8.97) -ni-

29 Rückgang der Inflationsrate und sinkende Touristenzahlen

Die Inflationsrate Macaus lag im ersten Halbjahr d.J. bei 3,9%. Zwischen 1995 und 1996 war sie nach ihrem Höhepunkt mit 8,6% bereits auf 4,8% abgesunken. Nach zweijährigem gedämpften Wachstum erholt sich die Wirtschaft seit dem letzten Jahr langsam wieder. (XNA, 2.8.97) Allerdings droht dem Fremdenverkehr, einer Hauptstütze der Wirtschaft Macaus, eine Rezession. In den ersten sechs Monaten d.J. ist die Zahl der Touristen im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um über 180.000 oder 4,72% auf 3,76 Mio. gesunken. Im letzten Jahr kamen 8,15 Mio. Touristen und gaben 2,5 Mrd. US\$ aus, was der Hälfte der Einnahmen Macaus entsprach.

Der Rückgang von Besuchern aus dem Ausland ist vor allem auf die zunehmende Kriminalität in der Enklave zurückzuführen - im letzten Jahr waren es 8.576 Fälle, 19% mehr als 1995. Vor allem hat der andauernde blutige Kampf zwischen den Triaden 14K und Shui Fong - chinesische Mafiaorganisationen - um ihren An-

teil am Spielkasinogeschäft Touristen aus Hongkong, die hauptsächlich wegen der Glücksspiele kommen, verschreckt. Der Rückgang hiervon beläuft sich beim Jahresvergleich auf 14,28% oder 375.000 in den ersten sechs Monaten d.J.

Auch in den letzten Monaten gab es immer wieder Schießereien zwischen den Banden; seit Ausbruch des Gängsterkrieges im letzten November sind mindestens 18 Personen getötet worden. (XNA und SCMP, 27.8.97; SZ, 14./15.8.97) -ni-

Taiwan

30 US-japanischer Militärschutz für Taiwan?

In einer TV-Diskussion beim japanischen staatlichen Fernsehsender NHK am 17. August sagte Seiroku Kajiyama, Generalsekretär des japanischen Kabinetts und Regierungssprecher, daß der US-japanische Sicherheitsvertrag auch Taiwan einbeziehe. Zwar werde dies nicht deutlich zum Ausdruck gebracht, aber es gebe in diesem Vertrag solche Formulierungen wie „Fernost“ und „Ereignisse in der Peripherie“. Dies würde zumindest Korea, Taiwan und die Spratley-Inseln in den amerikanisch-japanischen Verteidigungsbereich mit einschließen, meinte Kajiyama. Japan sei besorgt über einen möglichen militärischen Angriff der chinesischen Kommunisten auf Taiwan. Sollten die Amerikaner militärische Aktionen bei Auseinandersetzungen in der Taiwan-Straße unternehmen, erklärte er, so könne Japan nicht untätig bleiben. Auch wenn Japan keine eigenen Truppen einsetze, werde es den amerikanischen Streitkräften die Benutzung des militärischen Stützpunktes von Okinawa erlauben und mit Logistik unterstützen. (LHB und ZYRB, 18.8.97; SZ, 19.8.97; IHT, 25.8.97)

Sowohl die USA als auch Japan unterhalten z.Z. diplomatische Beziehungen mit Beijing, aber nicht mit Taiwan. Gemäß dem amerikanischen „Taiwan-Gesetz“, das vom US-Kongreß im März 1979, kurz nach dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen und der Kündigung des Beistandsvertrages mit Taiwan als Konsequenz auf die Anerkennung der VR China durch die USA, verabschiedet wurde, „kümmert“ sich Washington weiter um die Sicherheit Taiwans. Auf dem Höhepunkt der militärischen Kri-

se in der Taiwan-Straße im März 1996 hatte die US-Regierung ihre Flotte mit zwei Flugzeugträgern zur „Beobachtung“ der Lage in die Nähe der Region geschickt. US-Präsident Bill Clinton und der japanische Ministerpräsident Ryutaro Hashimoto verabredeten im April desselben Jahres die Überprüfung der „Richtlinien“ des Sicherheitsvertrages beider Staaten. Noch im Herbst d.J. sollen diese revidiert werden. Während Taiwan die obengenannten Aussagen von Kajiyama mit großer Aufmerksamkeit verfolgt, kam aus Beijing scharfe Kritik. Es warf den Japanern vor, sich in chinesische innere Angelegenheiten einzumischen, denn die VR China betrachtet Taiwan als abtrünnige Provinz. -ni-

31 Eskalation des außenpolitischen Stellungskrieges mit Beijing

Am 12. August wurden die diplomatischen Beziehungen zwischen Taiwan (Republik China) und dem Tschad wiederhergestellt. Das zentralafrikanische Land hatte 1972 die diplomatischen Beziehungen zu Taiwan abgebrochen als Konsequenz seiner Anerkennung der VR China. Während die Regierung Taipei inzwischen auf die Alleinvertretung für das ganze China verzichtet hat, lehnt Beijing die „Doppelanerkennung“, d.h. Anerkennung von zwei chinesischen Regierungen, nach wie vor strikt ab und brach daraufhin am 15. August die diplomatischen Beziehungen zum Tschad ab.

Wie in C.a. (1997/5, Ü 25) berichtet, hatte Taiwan im Mai beim außenpolitischen Kampf Beijing die Stellung im kleinen westafrikanischen Inselstaat Sao Tome und Principe weggenommen, die in den Bahamas jedoch an Beijing verloren.

Nach dem Sieg im Tschad mußte Taiwan jetzt wieder eine Niederlage in der Karibik hinnehmen: Es hat am 29. August den Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit St. Lucia vorweggenommen, nachdem dieses in seiner Chinapolitik eine Wende in Richtung China unwiderruflich zum 1. September beschlossen hatte. St. Lucia hatte am 28. Juli von Beijing eine Spende in Höhe von 1 Mio. US\$ erhalten, und angeblich soll ein weiteres chinesisches Darlehen über 25 Mio. US\$ noch im Gespräch sein. (LHB, 19. und 30.8.97) Zwischen Taiwan und dem Tschad wurde bei der Aufnahme der diplomatischen Beziehungen auch eine Reihe von Vereinbarungen über eine Zusammenarbeit im Medizin- und Landwirtschafts-

bereich unterzeichnet. (ZYRB und LHB, 13.8.97)

Nach diesen sich wiederholenden Plus- und Minuspunkten unterhält Taiwan zur Zeit nach wie vor diplomatische Beziehungen zu 30 Staaten, davon 5 in der Karibik und insgesamt 15 in Mittel- und Südamerika. Nach dem Fall der Stellungen in den Bahamas und St. Lucia befürchtet Taiwan jetzt eine Dominoreaktion in der Region. In Afrika hatte die südafrikanische Regierung bereits im letzten November angekündigt, Ende 1997 die diplomatischen Beziehungen mit Taiwan abzubrechen, um so der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Beijing den Weg zu ebnet. Unter dem Druck Beijings sollen Taiwans Generalkonsulat in der Hafenstadt Calaba in Nigeria und die halbamtlichen Vertretungen im Kongo und Libyen noch in diesem Jahr geschlossen werden. Im letzten Monat (Juli) hatte auch Kambodscha im Hinblick auf Beijing Taiwan gezwungen, dessen halbamtliche Vertretung in Phnom Penh zurückzuziehen. Damit gibt es halbamtliche Vertretungen Taiwans nur noch in 61 Staaten, zu denen es keine diplomatischen Beziehungen unterhält. (Chung-kuo shih-pao, nach *Taiwan aktuell*, München, 15.8.97) -ni-

32 15. Parteitag der KMT: „Lorbeerkranz und Denkkettel“ für den Parteivorsitzenden Li Denghui

Vom 25. bis 28. August fand der 15. Parteitag der Regierungspartei KMT (Kuomintang) in Taipei statt, an dem 2.209 Delegierte teilnahmen. Wie in C.a. (1997/7, S.669 ff.) berichtet, war die Partei am Vorabend des Parteitages infolge der Verfassungsänderungen im Vormonat in eine neue tiefe Spaltungskrise geraten. Der Grund war die Unzufriedenheit vieler Parteimitglieder mit der Abschaffung des Zustimmungsrechts durch den Gesetzgebungs Yuan bei der Ernennung des Ministerpräsidenten und die „Kaltstellung der Provinz“ (*dongsheng*) - also Abschaffung der Wahlen des Gouverneurs und Parlaments der Provinz Taiwan und Reduzierung der Funktion der Provinzregierung auf den Status eines Konsultations- und Koordinationsorgans. Die Maßnahmen dienen dazu, die Präsidialmacht zu vergrößern. Um die Verfassungsänderungen durchzusetzen, hat die Parteiführung neben dem Kuhhandel mit der größten Oppositions-

parti DPP (Democratic Progressive Party) noch die rebellischen Deputierten der eigenen Partei in der Nationalversammlung mit rechtswidrigen Methoden eingeschüchtert. Dies hat dem Ansehen des Staatspräsidenten und Parteivorsitzenden Li Denghui (Lee Teng-hui) sehr geschadet.

Li gilt zwar als „Vater der Demokratie“ in Taiwan, andererseits ist sein Führungsstil auch umstritten. Bislang waren fast alle politischen Reformen unter seiner Regie stets von Machtkämpfen begleitet. Die „Kaltstellung“ der Provinz Taiwan wird allgemein als eine Entmachtung des Gouverneurs Song Chuyu (James C.Y. Soong) angesehen, der dank seines Fleißes und seiner intensiven Kontakte mit der Bevölkerung mehr Popularität genießt als Staatspräsident Li Denghui. Eigentlich war Song auch ein enger Vertrauter Lis, doch dieser bevorzugt offensichtlich seinen anderen Protegé Lian Zhan (Lien Chan) als seinen Nachfolger. Auch die Abschaffung des Zustimmungsrechts vom Gesetzgebungs Yuan betrachten viele als eine Rache Lis dafür, daß das Haus der gleichzeitigen Bekleidung von zwei wichtigen Ämtern, denen des Vizestaats- und des Ministerpräsidenten, durch Lian widersprach.

Um eine neue Spaltung der KMT zu verhindern, haben die führenden Kader dringlichst an die Delegierten des Parteitages appelliert, Li Denghui wieder zum Parteivorsitzenden zu wählen, obwohl er der einzige Kandidat war. Schließlich wurde er mit 93,4% der abgegebenen Stimmen im Amt bestätigt, also noch mit weit mehr Stimmen als beim 14. Parteitag vor vier Jahren (80,7%). Auch seiner Nominierung von vier Vizevorsitzenden mit Lian Zhan an der Spitze wurde von den 1.690 Delegierten „per Handhebung“ zugestimmt. Spannender war es aber bei den Wahlen von 230 Mitgliedern des Zentralkomitees, denn neben den von der Parteiführung bestimmten 230 Kandidaten gab es noch 153 aus eigener Initiative gemeldete Kandidaten. Überraschend erhielt Song Chuyu vor allen anderen die meisten Stimmen, obwohl er absichtlich dem Parteitag ferngeblieben war. Auch seine Anhänger haben dabei gut abgeschnitten. Hingegen kamen rund 30% der von der Parteiführung nominierten Kandidaten nicht durch, und zahlreiche vom Parteivorsitzenden besonders bevorzugte Kandidaten erhielten nicht so viele Stimmen wie erwartet. All dieses gilt nach allgemeiner Meinung als Denkkettel für Li Denghui. (LHB, CP und ZYRB, 27.-

29.8.97; FCJ, 29.8.97; XXW, 31.8.-6.9.97, S.19 ff.) -ni-

33 Kabinettsumbildung: Neuer Ministerpräsident Xiao Wanchang

Am 28. August wurde Xiao Wanchang (Vincent Siew, 58) zum neuen Ministerpräsidenten (Präsident des Exekutiv Yuan) ernannt und trat am 1. September offiziell sein Amt an. Er löste Lian Zhan (Lien Chan) ab, der im letzten Jahr zum Vizestaatspräsidenten gewählt worden war, sein Amt als Ministerpräsident aber weiter behielt. Diese Personalunion stieß jedoch auf den Widerstand des Gesetzgebungs Yuan (Parlament), infolgedessen konnte Lian nicht vor dem Haus auftreten. Darüber hinaus wurde die Regierungskrise noch dadurch verschärft, daß sich seit dem letzten November eine Reihe schwerer Kriminalitätsfälle ereigneten, die von den Behörden bislang immer noch nicht aufgeklärt werden konnten. Im Mai d.J. gab es große Massendemonstrationen, bei denen der Rücktritt von Lian aus dem Amt des Ministerpräsidenten gefordert wurde. (Siehe dazu C.a., 1997/5, Ü 24)

Xiao ist der erste Regierungschef, der auf der Insel geboren wurde und auch über keine Hausmacht verfügt; dagegen zählt Lian zwar aufgrund der Herkunft seines Vaters zur einheimischen Bevölkerung, aber er ist auf dem chinesischen Festland geboren und seine Mutter stammt aus Nordostchina; die Familie Lian ist seit Generationen in Taiwan bekannt. Xiao war nach seinem Studium zunächst Beamter im Außenministerium. 1972 trat er ins Außenhandelsamt ein und machte dort Karriere bis hinauf zum Leiter des Amtes (1982-1988). 1988-1989 bekleidete er das Amt des stellvertretenden Vorsitzenden des Rats für Wirtschaftsplanung und Entwicklung (CEPD), 1989-1990 war er Abteilungsleiter für die Organisation des ZK der Regierungspartei KMT (Kuomintang). Von 1990 bis 1993 hatte er das Amt des Wirtschaftsministers inne, von 1993-1994 den Vorsitz des CEPD und von 1994 bis 1995 den des Komitees für das (chinesische) Festland unter dem Kabinett (Exekutiv Yuan).

Da Xiao zuletzt Abgeordneter des Gesetzgebungs Yuan war, wird eine Verbesserung der Beziehungen zwischen seiner Regierung und dem Parlament erwartet. Nach den jüngsten

Verfassungsänderungen vom Juli d.J. braucht seine Ernennung durch den Staatspräsidenten keine Zustimmung des Gesetzgebungs Yuan mehr, aber der Ministerpräsident muß gemäß der Verfassung nach wie vor dem Hohen Haus gegenüber die politische Verantwortung tragen. Da der Ministerpräsident vom Staatspräsidenten allein ernannt wird, muß er auf der anderen Seite diesem gegenüber auch loyal sein. Als Lian Ministerpräsident war, wurden die große Politik und die wichtigen Personalentscheidungen in erster Linie von Präsident Li bestimmt. Auch Xiao muß damit rechnen, zwischen zwei Stühlen (dem Präsidenten und dem Parlament) zu sitzen.

Nach dem Amtsantritt hat der neue Ministerpräsident u.a. die Verbesserung der öffentlichen Sicherheit und das Vorantreiben der Beziehungen zwischen beiden Seiten der Taiwan-Straße zu Schwerpunkten seiner Politik erklärt. Neue Gesichter gibt es in seinem Kabinett aber nur wenige. Die wichtigste Umbesetzung erfolgte im Außenministerium: Außenminister Zhang Xiaoyan (John Chang) wurde zum Vizeministerpräsidenten ernannt. Der neue Außenminister heißt Hu Zhiqiang (Jason Hu), der vorher halbamtlicher Vertreter Taiwans (also sog. „Untergrundbotschafter“ infolge der fehlenden diplomatischen Beziehungen) in den USA war. Weitere neue Ernennungen sind vier Minister ohne Geschäftsbereich: Lin Fengzheng (Lin Fong-cheng), Huang Dazhou (Huang Ta-chou), Chen Jianmin (Ch'en Chien-min) und Zhan Housheng (Chan Hou-sheng); der Vorsitzende des Komitees für die Mongolei und Tibet Gao Konglian (Kao Koonglian); der Generaldirektor des Gesundheitsamts Zhan Qixian (Chan Ch'i-shean); der Vorsitzende des Komitees für Forschung, Entwicklung und Evaluation Yang Chaoxiang (Yung Chaur-shin); der Generaldirektor des Amtes für Personaladministration Wei Qilin (Clement Wea) und der Generalsekretär des Exekutiv Yuan Zhang Youhui (Chang Yu-hui). (ZYRB, LHB und CP, 29.8.97; FCJ, 5.9.97) -ni-

34 Plan zur Beschleunigung der Privatisierung staatlicher Unternehmen

Im Juli hat das Finanzministerium einen Plan vorgelegt, in drei Finanzjahren ab 1998/99 (Juni/Juli) Aktien der öffentlichen Hand im Wert von 450 Mrd. NT\$ (umgerechnet rund 16

Mrd. US\$) zu verkaufen, also jährlich 150 Mrd. NT\$. Insgesamt sollen rund 84 staatliche Unternehmen in den kommenden fünf Jahren privatisiert werden. Sie schließen Monopole wie die Telekom, Alkohol- und Tabakwaren, Petroleum- und Stromversorgung sowie große Banken ein. Die Beschleunigung des Verkaufs ist erforderlich aufgrund der sinkenden Steuereinnahmen auf der einen und der Expansion von Ausgaben für Verteidigung und Sozialpolitik auf der anderen Seite. (FT, 10.7.97)

Zwischen dem 11. und 13. August hat das Wirtschaftsministerium 101,82 Mio. Aktien der einst staatlichen China Steel Corp. auf Auktionen weiter veräußert. Vom 4. bis 25. August wurden 417 Mio. Aktien der Chiao Tung Bank vom Finanzministerium ebenfalls per Auktion verkauft; damit ist der staatliche Anteil an der Bank von 88,83% auf 60,03% gesunken. Im nächsten Fiskaljahr soll das Ministerium weitere 20% der Bankaktien veräußern. Danach wird es nur noch einen Anteil von 40% beibehalten. Chiao Tung ist die zehntgrößte Bank in Taiwan mit einem Gesamtvermögen von 16 Mrd. US\$ Ende 1996. (FCJ, 8., 15. und 29.8.97)

Ferner hat das Provinzparlament Taiwan am 12. Juni einen Plan verabschiedet, die Anteile der Provinzregierung an den drei größten Kommerzbanken, Chang Hwa Bank, Commercial Bank und First Hua Nan Commercial Bank, bis November 1998 auf unter 50% zu senken. Schon 1989 hatte das Kabinett die Privatisierung der drei Banken beschlossen, dieser Plan wurde jedoch von der Provinzregierung blockiert. Jetzt allerdings, angesichts des Plans der Zentralregierung zur „Einfrierung der Provinz“ zum Ende 1998 durch eine Verfassungsänderung, hat das Provinzparlament eiligst der Privatisierung der drei Banken zugestimmt, um damit die Einnahmen aus der Privatisierung nicht ganz an die Zentralregierung zu verlieren.

An den gesamten Geldanlagen und Kreditvergaben auf der Insel haben die drei Banken zusammen einen Anteil von 20,3% bzw. 18,4%. (SCMP, 18.6.97) -ni-